

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sondersitzung des Mobilitätsausschusses - Bitte beachten Sie, dass der Ratssaal nach derzeitigem Stand nicht barrierefrei erreicht werden kann.

Sitzungstermin: Donnerstag, 10.07.2025
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 21:09 Uhr
Raum, Ort: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name	Bemerkung
Monika Annette Wenzel	

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Noah Wagner	
Dr. Heike Wolf	
Kaj Neumann	
Peter Blum	
Holger Kiemes	Vertretung für: Gaby Breuer
Relindis Becker	Vertretung für: Dr. Sebastian Breuer
Wilfried Fischer	
Daniel Hecker	
Rolf Winkler	
Alexander Gilson	Vertretung für: Stefan Dussin
Burkhard Fahl	
Jörg Hans Lindemann	
Dr. Andreas Nositschka	
Lis Weilandt	Vertretung für: Nicolai Vincent Radke
Dr.-Ing. Jan van den Hurk	
Julian Kistner	Vertretung für: Jörg Veltrup

Schriftführung

Name	Bemerkung
Silke Retterath	

Abwesend

Gremienmitglieder

Name	Bemerkung
Gaby Breuer	entschuldigt
Dr. Sebastian Breuer	entschuldigt
Ralf Demmer	entschuldigt
Stefan Dussin	entschuldigt
Christian Hofmann	entschuldigt
Nicolai Vincent Radke	entschuldigt
Jörg Veltrup	entschuldigt

Gäste:

Ralf Oswald
Wulf von Katte
Peter Gwiasda
Linda Hesse
Merve Dogar

Kathrin Drießen
Esther Reufsteck
Caline Strack

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift vom 26.06.2025	
3	Verkehrsraumgestaltung im Bereich des Altstadtquartiers Büchel	FB 68/0180/WP18
4	Sachstandsbericht zur Machbarkeitsstudie „Ertüchtigung des Grabenrings als Radverteilerling“	FB 68/0237/WP18
5	Nahverkehrsplan der Stadt Aachen 2025 3. Fortschreibung, Entwurfsfassung	FB 68/0226/WP18
6	Roermonder Straße (Ponttor bis Kohlscheider Straße) Neuplanung im Zug des Fernwärmeausbaus - Einholung Planungsauftrag	FB 68/0212/WP18
7	Pontstraße: Umgestaltung im Nachgang zur Maßnahme der Regionetz GmbH	FB 68/0232/WP18
8	Rad-Vorrang-Route Vaals und Premiumfußweg Westpark: Umgestaltung der Lochnerstraße (Planungsbeschluss)	FB 68/0215/WP18
9	Campus West - aktueller Sachstand	FB 68/0198/WP18
10	Überplanung von Schutz- und Radfahrstreifen ohne Sicherheitstrennstreifen zum ruhenden Verkehr - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Prioritätsstufe 1	FB 68/0214/WP18
11	Bericht zu Mobilitätsmanagementmaßnahmen für verschiedene Personengruppen	FB 68/0225/WP18
12	Bewohnerparkzone „U“ (Körnerstraße) - Hohenstaufenallee	FB 68/0239/WP18
13	Bewohnerparken Ost-Viertel (Stolberger Straße) - Neue Zonenaufteilung im Bereich Stolberger Straße	FB 68/0211/WP18
14	Lückenlose Barrierefreiheit - Querungsstellen beidseitig barrierefrei umbauen – Ratsantrag 18/265 der SPD-Fraktion vom 26.04.2022	FB 68/0218/WP18
15	Barrierefreier Ausbau Bushaltestelle „Pascalstraße“ (FR Schleckheim) - Bau- und Ausführungsbeschluss	FB 68/0205/WP18

TOP	Betreff	Vorlage
16	Freunder Landstraße - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie	FB 68/0227/WP18
17	Prioritätenliste Kleinmaßnahmen 2025	FB 68/0219/WP18
18	Verknüpfung des Querungsbauwerks am Bahnhof Eilendorf mit dem Neubau der Brücke Wolfsbendenstraße und Schaffung eines Mobility Hub Bahnhof Eilendorf, Interfraktioneller Antrag (Grüne/SPD/CDU/FDP) vom 06.11.2023	FB 68/0200/WP18
19	Fortführung der Maßnahmen der Busbeschleunigung nach Ende der A544-Sperrung -Ratsantrag der Fraktionen Grüne u. SPD vom 30.04.2025	FB 68/0222/WP18
20	RS4 Radschnellweg Euregio: Veröffentlichung der Dokumentation zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung und Ergebnis der in der Voruntersuchung gewählten Linie	FB 68/0165/WP18
21	Sachstandsbericht zur Vergabe von Handwerkerparkausweisen und Erläuterung des rückläufigen Antragsvolumens, TO Antrag der Fraktion Die Zukunft vom 26.06.2025 es wird mündlich berichtet	
22	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie schlägt vor, den TOP 20 Radschnellweg 4 auf TOP 5 vorzuziehen, da für ihn viele interessierte Bürger*innen und externe Gäste anwesend seien, die dann nicht so lange warten müssten.

Herr Lindemann beantragt auf Grund des in der BV Brand getätigten Beschlusses den TOP16 zu vertagen, was von Herrn Müller als unkritisch bewertet wird. Verwaltungsseitig wolle man außerdem den TOP 14 zurückziehen, da die Vorlage noch nicht fertig sei.

Die Anträge zur Tagesordnung werden einstimmig angenommen.

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift vom 26.06.2025 ungeändert beschlossen

Herr Fischer gibt an, dass Greenpeace, auf das unter TOP 6 verwiesen werde, kein Unternehmen, sondern eine Umweltorganisation sei.

Beschluss:

Der öffentliche Teil der Niederschrift vom 26.06. wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 4 Enthaltungen

Zu 3 Verkehrsraumgestaltung im Bereich des Altstadtquartiers Büchel ungeändert beschlossen FB 68/0180/WP18

Man habe bereits in 2018 und 2020 Anträge für eine geänderte Verkehrsführung am Büchel gestellt, so Herr Fahl. Bei den Planungen handele es sich um eine tolle Aufwertung und eine Bereicherung für den Tourismus, was ihm gut gefalle.

Auch Herr Lindemann gibt an, die Planungen grundsätzlich zu befürworten. Man müsse lediglich schauen, dass beispielsweise vorhandene Tiefgaragen der Hotels erreichbar blieben. Vor allem aber müsse man bereits sehr frühzeitig die Bürger*innen mittels geeigneter Beschilderung informieren.

Dem schließt sich Herr Blum an. Auch er befürworte die Planungen. Wichtig sei die weiterhin gegebene Erreichbarkeit von Hotels und Grundstücken. In den Plänen wirke allerdings die Antoniusstraße wie ein Fremdkörper.

Man begrüße die Fußgängerzone, die man sich schon lange gewünscht habe, so Herr van den Hurk. Hier sei viel Potenzial zu erkennen. Beachten müsse man gerade in dieser Lage insbesondere das Thema Liefern und Laden, aber hier handele es sich ja erst einmal um den ersten Schritt.

Frau Strack moniert, dass die Kommission Barrierefreies Bauen nicht beteiligt worden sei. Sie warne davor, die

Fußgängerzone für Fahrräder oder gar Lastenräder und E-Scooter freizugeben. Wenn, dann solle dies nur in den Abends-/ Nachtstunden passieren zum Schutz der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Außerdem sei hier kein Behindertenparkplatz ohne Steigung zu erreichen. Anregen wolle sie zudem, dass eine temporäre Lösung während der Parkhaussperrung gefunden werde, um mobilitätseingeschränkte Menschen ohne Ausweis in der Erreichbarkeit des Marktes zu unterstützen.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Verkehrserschließung des Altstadtquartier Büchel zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer Bürgerbeteiligung auf Grundlage des Konzeptes „Fußgängerzone“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 4 Sachstandsbericht zur Machbarkeitsstudie „Ertüchtigung des Grabenrings als Radverteiler- ring“ ungeändert beschlossen FB 68/0237/WP18

Die Gäste des Planungsbüros VIA, Herr Gwiasda, sowie Frau Hesse und Frau Dogar, präsentieren zum Thema. Dank dafür erhalten sie von Herrn Müller, der berichtet, man habe sich noch deutlich mehr Querschnitte angesehen, als hier vorgestellt. Grundsätzlich habe man ein durchgängiges Gestaltungselement haben wollen, was nicht so einfach funktioniere auf Grund der Heterogenität der eingebundenen Straßen. Man sei sehr froh, dass man mit dem Planungsbüro einen äußerst versierten externen und mit Bastian Weiser einen äußerst engagierten internen Partner habe.

In der BV Mitte sei der TOP ohne Vortrag behandelt worden, so Herr Lindemann. Daher seien dort noch einige Fragen offen geblieben, die heute geklärt wurden. Man sei an den Planungen des Radverkehrs auf dem Grabenring nicht unschuldig gewesen. Was er sich allerdings noch frage, sei, ob dies für alle so klappe. Er wolle derzeit noch keine Aussage zu einer Variante treffen und freue sich lediglich, dass es gehe.

Dass man hier ganz offensichtlich viele Herausforderungen habe, sei klar, so Herr Neumann. Einige Klarheit sei nun geschaffen worden und müsse erstmal sacken gelassen werden. Auch die ASEAG solle einmal darauf schauen und anschließend müsse man in einen strukturierten Abwägungsprozess einsteigen, sowie einen Zeitplan vorlegen. Gerade diese Planungen seien an vielen Stellen ein wichtiger Anker für andere Bereiche.

Er danke für die Vorarbeit, so Herr van den Hurk. Das sei immerhin kein einfaches Projekt, was aber durch die Bepunktung gut eingegrenzt werden könne. Wichtig sei, die Perspektive von allen zu beachten. In Aachen sei schon viel passiert, das nächste Ziel müsse sein, die Kinder und vorsichtigen Erwachsenen auch zu ermutigen, das Fahrrad zu nutzen.

Vermutlich sei er etwas naiv gewesen, so Herr Nositschka, aber er sei etwas enttäuscht gewesen, dass so wenig dabei gewesen sei, was dem Radentscheid entspreche. Man müsse jetzt die Ergebnisse detailliert angehen und dann ggfs. noch einmal weiter denken.

Einige Aspekte bereiteten ihr Bauchschmerzen, so Frau Strack. Als Beispiel nennt sie die niveaugleiche Haltestelle im Bereich des Seilgrabens. Grundsätzlich wünsche sie sich für die Haltestellen mindestens einen Zebrastrifen. Der geplante Multifunktionsstreifen sei zudem zu schmal für die Autos. Im Bereich des Templergabens seien zudem die Bürgersteige zu schmal. Enttäuscht zeigt sie sich darüber, dass das Ganze nicht in der Kommission vorgestellt worden sei.

Herr Müller dankt dem Gremium für die Rückmeldungen. Derzeit gehe es noch nicht um Festlegungen, wenn- gleich man sich bewusst sei, dass nicht alles wunschgemäß sei. Letzten Endes habe man eben auch den Baum- bestand beachtet. Man werde jetzt eine Richtung ausarbeiten und dann in weiteren Gesprächen die Öffentlichkeit beteiligen. Bezüglich der Gehwegbreite habe man am Teilstück des Templergrabens eine Bestandsvariante vor- gestellt, andere Planungen müssten immer mit den Kosten abgewogen werden.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 5 Nahverkehrsplan der Stadt Aachen 2025 3. Fortschreibung, Entwurfsfassung
 ungeändert beschlossen
 FB 68/0226/WP18**

Herr Müller führt ins Thema ein.

Ein wichtiger Schritt, der an wesentlicher Stelle untergebracht, findet Herr Neumann. Ihm sei wichtig zu betonen, dass die 30% mehr ÖPNV für ihn nur ein Mindestziel seien. Wenn man die Mobilitätswende wolle, gelinge das nur mit dem ÖPNV.

Die Taktung müsse hierfür deutlich besser werden und man könne, um integriert zu denken, das IKS als Leitlinie nehmen. Persönlich wolle er das Thema Verfrühungen angehen, die aus seiner Sicht besonders ärgerlich seien. Er freue sich auf die Fortschreibung.

Herr Nositschka spricht seinen Dank an alle Akteure aus. Dies sei ein Thema, was fraktionsübergreifenden Konsens hervorrufe und wo alle in die gleiche Richtung gingen.

Dem Dank schließt sich Herr Lindemann an.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 6 Roermonder Straße (Ponttor bis Kohlscheider Straße)
Neuplanung im Zug des Fernwärmeausbaus - Einholung Planungsauftrag
 ungeändert beschlossen
 FB 68/0212/WP18**

Als Hauptverkehrsachse sei die Roermonder Straße besonders wichtig, so Herr Nositschka. Man solle alles tun,

damit man an dieser Stelle besonders gut vorbereitet sei. Noch sei nicht alles aus seiner Sicht optimal, aber er hoffe da auf einen Kompromiss im weiteren Vorgehen.

Man sei sich einig, dass dies wichtig sei, so Herr Neumann, weil einfach derzeit so viele Funktionen nicht erfüllt seien. Momentan habe er eine Tendenz zu Variante A, frage sich jedoch, ob es noch weitere Alternativen gebe, oder ob die ASEAG bspw. noch Ideen habe. Er wolle sie ermuntern, sich hier einzubringen. Fraglich sei zum Beispiel, ob man die Variante C noch erweitern könne für den ÖPNV, mit einer Busspur stadteinwärts in Mittellage“ und auswärts im Mischverkehr mit dem Bus als Pulkführer.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wolle er sich noch für keine Variante aussprechen, so Herr Lindemann.

Man bevorzuge natürlich generell die Busspur in Mittellage, sei aber im engen Austausch mit der Verwaltung so Frau Drießen.

Man habe wirklich viele Varianten betrachtet, so Herr Müller. Auf diese drei habe man sich nun verständigt, er nehme die Anregungen zum ÖPNV aber mit.

Sie wolle sich für Variante C aussprechen, so Frau Strack. Nur hier habe man annehmbare Breiten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, eine Bürger*innenbeteiligung durchzuführen, deren Erkenntnisse in die Vorlage zum Planungsbeschluss einfließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 7 Pontstraße: Umgestaltung im Nachgang zur Maßnahme der Regionetz GmbH geändert beschlossen FB 68/0232/WP18

Wie immer sei die Herausforderung, alle Ansprüche auf dem begrenzten Raum unterzubringen, so Herr Fischer. Der Plan zeige, wie schwierig das hier sei, gleichzeitig habe er auch keine bessere Idee. Fest stehe, so wie es ist, solle es nicht bleiben. Gerne wolle man auch die Chance nutzen, die Autoposer aus dem Bereich auszuschließen. Er erkundigt sich bei der ASEAG wie diese die geänderte Verkehrsführung wahrgenommen hätten.

Man habe keine Probleme oder Verspätungen gehabt, so Frau Drießen. Allerdings seien im Moment im Bereich des Audimax auch nicht viele Fußgänger unterwegs.

Derzeit werde man definitiv noch nicht allen Ansprüchen gerecht, so Herr van den Hurk. Schauen man aus der Vogelperspektive auf das Ponttor, so stehe dies gefühlt auf einer Hauptverkehrskreuzung. Er stellt den geänderten Beschlussvorschlag der Fraktionen SPD und Grüne vor:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die vorgelegte Planung zur Neuaufteilung des Straßenraums im Abschnitt Pontdriesch/Pontstraße (ab Hirschgraben bis Ponttor) zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung die vorgelegte Planung um eine Variante mit Beidrichtungsverkehr in der Wüllnerstraße und einer verkehrsberuhigten Pontstraße zu ergänzen sowie auf Grundlage der vorgelegten Planungen Bürger*innenbeteiligung durchzuführen.

Die Baustellenverkehrsführung der Pontstraße funktioniere erfreulicherweise so gut, das als Konsequenz eine neue dauerhafte Verkehrsführung vorgeschlagen werde, so Herr Müller. Man sei zeitlich ziemlich spät dran um

mit der Regionetz zusammen bauen zu können. Eine komplette Planung der Wüllnerstraße würde an dieser Stelle zu viel Zeit kosten. Was er anbieten könne, sei eine Strukturskizze mit etwas weniger Details.

Er sei hin und her gerissen, so Herr Lindemann. Eigentlich halte er das Ganze für eine gute Idee, gleichzeitig koste diese zu viel Zeit.

Dies sieht Herr Blum ähnlich.

Man wolle in die Beteiligung, so Herr Müller, aber diese brauche man bald. Gerne könne er die Skizze erstellen lassen, diese in die Beteiligung mitnehmen und dann wieder berichten.

Es gehe ihm erstmal nur um die Idee, so Herr van den Hurk. Den Zeitpunkt dafür halte er für gut gewählt, aber wenn eine vollständige Planung nicht möglich sei, sei eine Skizze für ihn auch in Ordnung.

Herr Nositschka erkundigt sich, ob man mit der neuen Planung dann auch in die Bürgerbeteiligung müsse.

Die Standards für Bürgerbeteiligungen bei Straßenbaumaßnahmen, die man in Aachen anwende, gehen deutlich über das geforderte Maß hinaus und seien nicht rechtsverbindlich, so Herr Müller.

Er wolle das Ganze dann gerne um eine Darstellung der Vor- und Nachteile ergänzen um verknüpft zu denken und damit eine gute Grundlage zu bilden, so Herr Larscheid.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die vorgelegte Planung zur Neuaufteilung des Straßenraums im Abschnitt Pontdriesch/Pontstraße (ab Hirschgraben bis Ponttor) zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung die vorgelegte Planung um eine Variantenskizze mit Beidrichtungsverkehr in der Wüllnerstraße und einer verkehrsberuhigten Pontstraße zu ergänzen sowie auf Grundlage der vorgelegten Planungen Bürger*innenbeteiligung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Rad-Vorrang-Route Vaals und Premiumfußweg Westpark: Umgestaltung der Lochnerstraße (Planungsbeschluss) geändert beschlossen FB 68/0215/WP18

Es sei schön, dass hier ein weiterer Baustein angepackt werde, der zur Klimafolgenanpassung beitrage, so Frau Weilandt. Die Vorschläge B und C seien beide toll, wobei sich C als guter Kompromiss darstelle. Beide Varianten würden mehr Aufenthaltsqualität und Entsiegelung beinhalten. Man werde hier vom Beschlussvorschlag der Verwaltung abweichen und sich für Variante C aussprechen.

Man habe im Kontext der RVR Vaals ja schon umfänglich diskutiert, so Herr van den Hurk. Hier habe man es mit einer Straße mit einer wechselvollen Geschichte zu tun, die man anpacken müsse.

Für ihn biete die Planung einen guten Mix der Belange. Die Verwaltung bitte er in den weiteren Planungsstufen den Stellplatzbedarf zu ermitteln. Ihm sei persönlich daran gelegen, immer möglichst viele Parkplätze öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Bei RVR fielen oft Parkplätze weg, so Herr Lindemann. Man sei bemüht, das Ganze im Lot zu halten. In der BV Mitte habe man sich einstimmig für Variante A ausgesprochen, was er hier auch vorschlagen wolle.

Aus seiner Sicht als Vertreter des AUK müsse er eigentlich für Variante B stimmen, so Herr Nositschka. Aller-

dings halte er die Variante C für einen sinnvollen Kompromiss.

Die Kommission habe bereits eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, so Frau Strack. Auf einige Punkte wie die geplante Anhebung der Knotenpunkte wolle sie trotzdem noch einmal aufmerksam machen. Man solle bitte nicht zu steil planen und einen Fußgängerüberweg würde sie begrüßen.

Wichtig sei auch eine rechtwinklige Bordsteinkante und Querungen ohne 3cm Kante. Für sie zähle der Westpark als Naherholungsgebiet, so dass dort keine Radfahrer vorgesehen werden sollten.

Insgesamt enthalte die Planung zu wenig Sitzbänke und die Radbügel sollten bitte nicht quer aufgestellt werden. Behindertenparkplätze und Liefer- und Ladezonen sollten außerdem berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Lochnerstraße zur Kenntnis und fasst den Beschluss, die Planung zur Umgestaltung der Lochnerstraße gemäß Variante C intern weiterzubetreiben

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 5 Gegenstimmen

Zu 9 Campus West - aktueller Sachstand zur Kenntnis genommen FB 68/0198/WP18

Man vermisse die Fahrradbrücke und bitte darum, den Bebauungsplan anzugehen, so Herr Fischer.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Zu 10 Überplanung von Schutz- und Radfahrstreifen ohne Sicherheitstrennstreifen zum ruhenden Verkehr - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zur Prioritätsstufe 1 ungeändert beschlossen FB 68/0214/WP18

Es sei klar, dass es erheblichen Verbesserungsbedarf gebe, so Herr van den Hurk, was ganz einfach dem Lauf der Zeit und den sich ändernden Ansprüchen geschuldet sei.

Nun wolle man schnell einen rechtskonformen Zustand erreichen. Für ihn sei die Option 1 am sinnvollsten. Er wolle lieber mit einem Kompromiss leben, bis die Straße eh gebaut werde.

Dem stimmt Herr Nositschka grundsätzlich zu. Allerdings würde er gerne wissen, ob man die Wilhelmstraße bergab mit Tempo 30 sicherer gestalten könne.

Das müsse man prüfen, gibt Herr Hamblock an.

Der Vorschlag der Verwaltung sei ideal, so Herr Lindemann. Es gehe schnell und sicherer für den Radverkehr und entspreche vom Grundsatz her dem Vorschlag, den er für die Eupener Straße stadtauswärts gemacht habe.

Sie habe Bedenken, wenn der Fußweg an der Eupener Straße für den Radverkehr freigegeben werde, so Frau Strack. Gerne hätte sie die Option 1 mit einem schmälere Fußweg, der dafür komplett getrennt sei vom Radweg wie an der Vaalser Straße.

Da es sich um eine Bestandslösung handele, könne man keine separate Lösung anbieten, so Herr Müller.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Planungen für die Eupener Straße, die Heinrichsallee und die Wilhelmstraße entsprechend der Option 1 zur Ergänzung des fehlenden Sicherheitstrennstreifens weiterzuverfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 11 Bericht zu Mobilitätsmanagementmaßnahmen für verschiedene Personengruppen
zur Kenntnis genommen
FB 68/0225/WP18**

Herr Fahl gibt an, man begrüße die Ansätze für die verschiedenen Gruppen.

Herr Kienes vermisst die Ansätze für die mobilitätseingeschränkten Menschen.

Senioren habe man beispielsweise hier auch im Blick, gibt Herr Müller an. Für Menschen mit Beeinträchtigungen gebe es separat den Inklusionsplan.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 12 Bewohnerparkzone „U“ (Körnerstraße) - Hohenstaufenallee
ungeändert beschlossen
FB 68/0239/WP18**

Hier habe man wieder das Problem des Verdrängungseffekts, so Herr Lindemann. Eigentlich sei der Parkplatz für Schwimmbadbesucher, werde jedoch viel öfter von denjenigen, die keinen Bewohnerparkausweis hätten, genutzt.

Er wolle noch einmal Werbung für das Zwiebschalenmodell machen, bei dem die Preise von innen nach außen gestaffelt würden. Einerseits sei es richtig, den Bereich rauszunehmen, andererseits befürchte er, die falsche Zielgruppe anzusprechen.

Er sehe ebenfalls Handlungsbedarf beim Parkplatz am Hangeweiher und am Couvengymnasium, so Herr van

**Zu 15 Barrierefreier Ausbau Bushaltestelle „Pascalstraße“ (FR Schleckheim) - Bau- und Aus-
führungsbeschluss
 ungeändert beschlossen
 FB 68/0205/WP18**

Herr Nositschka erkundigt sich, warum FB 36 zu einem anderen Votum gekommen sei.
Dies liege an einer minimal größeren Grünfläche in der anderen Variante berichtet Frau Roder.
Frau Strack bittet darum, bei einem Gefälle von rund 6% in der Auffahrt einen Schwellenstein zu berücksichtigen.

In der BV Walheim habe man der Verwaltung entsprechend beschlossen, berichtet Herr Kiemes. Natürlich hätte man gerne mehr Grün, aber so sei die Haltestelle besser zu handeln.

Man habe ein Bestandsquergefälle von rund 5% bei Variante 2, so Frau Roder. Wenn ein Schwellenstein erwünscht sei, so solle er hier gerne ergänzt werden.

Man werde sich die Pascalstraße in Gänze mit den Gefällesituationen in den Zufahrten angucken, bietet Herr Müller an.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und fasst den Bau- und Ausführungsbeschluss für den barrierefreien Ausbau der Bushaltestelle Pascalstraße nach Variante 2 auf Grundlage der Pläne 2023_017_E_L5-V2 und RQ5-V2.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 16 Freunder Landstraße - Ergebnisse der Machbarkeitsstudie
 vertagt
 FB 68/0227/WP18**

Der TOP wurde vertagt.

Beschluss:

**Zu 17 Prioritätenliste Kleinmaßnahmen 2025
 geändert beschlossen
 FB 68/0219/WP18**

Herr Hecker dankt der Verwaltung, die abschließende Behandlung des Ratsantrags sehe er damit nicht.
Aktuell habe man sieben Kleinmaßnahmen fertiggestellt, 14 weitere seien in Arbeit. Das könne und wolle er den Leuten so nicht erklären. Er rege an, sich der Beschlussfassung der BV Brand und Haaren anzuschließen.

Die Kleinmaßnahmen seien ein wichtiges Thema für die einzelnen Leute, pflichtet ihm Herr van den Hurk bei. Er erkundigt sich bei Frau Roder nach der derzeitigen Personalsituation.

Im Bereich der Planung seien 4 Stellen, bei den Bauleitern 6 Stellen unbesetzt, gibt diese an.

Es handele sich explizit nicht um einen Angriff auf die Verwaltung, so Herr Hecker. Man müsse lediglich Wege und Lösungen finden schneller zu werden, analog dem Mängelmelder, von dem er durchweg positive Rückmeldungen erhalte.

Der Vorschlag sei als Hilfestellung und Handreichung zu verstehen, so Herr Kiemes. Man wolle zum Beispiel falls gewünscht mit einer Personalgewinnungsstrategie gegensteuern.

Das Ansinnen sei für ihn verständlich, das Vorgehen allerdings falsch, so Herr Fischer. Er wolle eher ein Hintergrundgespräch zwischen Politik und Verwaltung anregen. Das gehe schneller und man könne in den Dialog auch E18 einbeziehen.

Die Systematisierung der Maßnahmen habe es früher nicht gegeben, so Frau Roder. Aber auch diese Kleinmaßnahmen bräuchten Planung, Abstimmung etc., so dass eine Verlagerung nach extern schwierig sei.

Frau Weilandt dankt indes für den Fokus auf die Themen Verkehrssicherheit und Barrierefreiheit.

Ob man den letzten Satz des Beschlusses streichen könne, erkundigt sich Herr Nositschka bei den anderen Fraktionen.

Diese zeigen sich einverstanden.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung, ein Konzept vorzulegen, in dem aufgezeigt wird, welche organisatorischen, finanziellen und personellen Maßnahmen erforderlich sind und die Umsetzung von jährlich 40 Kleinmaßnahmen zu realisieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 18 Verknüpfung des Querungsbauwerks am Bahnhof Eilendorf mit dem Neubau der Brücke Wolfsbendenstraße und Schaffung eines Mobility Hub Bahnhof Eilendorf, Interfraktioneller Antrag (Grüne/SPD/CDU/FDP) vom 06.11.2023 ungeändert beschlossen FB 68/0200/WP18

Die vorgestellte Machbarkeitsstudie gehe zurück auf einen interfraktionellen Antrag, so Herr Fahl. Er regt an, die Haltestellen Bus-Bus auf der Brücke näher zusammen zu bringen und weist darauf hin, dass wenn der Aufzug ausfalle, kein barrierefreier Zugang möglich sei. Daher solle man den Nordzugang befestigen und eine sanftere Steigung einbauen. Wichtig sei zudem, an dem 3. Gleis festzuhalten.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie zur Erschließung des Haltepunktes über die Brücke Wolfsbendenstraße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**Zu 19 Fortführung der Maßnahmen der Busbeschleunigung nach Ende der A544-Sperrung -
Ratsantrag der Fraktionen Grüne u. SPD vom 30.04.2025
geändert beschlossen
FB 68/0222/WP18**

Herr Hamblock führt kurz zum Thema ein. Die Beschlussformulierung solle aufzeigen, dass die Verwaltung die weitere Betrachtung und ggf. Erweiterung des Bussonderfahrstreifens auf der Jülicher Straße über die Kreuzung Prager Ring bis zum Bahnübergang in den Planungen zur Stärkung des ÖPNV mitdenke. Die Vorlage zeige auf, dass es sich beim bereits bestehenden Bussonderfahrstreifen, um eine auf Dauer ausgelegte Verkehrsanordnung handele und kein Beschluss zur Verstetigung notwendig sei. Im Rahmen der StVO Novelle sei die damalige Anordnung weiterhin durch die Beachtung von Umweltkriterien weiter gestützt.

Der Bussonderfahrstreifen diene neben der Beschleunigung des ÖPNV auch zur Stabilisierung. Das Zahlenwerk habe man von der ASEAG bekommen und reiche man gerne nach.

Herr Hecker frage sich, warum man jetzt beschließen solle. Er wolle lieber die Öffnung der Brücke abwarten. Zwar habe er nichts gegen die Erweiterung, aber er sehe auch nicht die Verbesserung. Stattdessen brauche er die Erweiterung in Haaren.

Der ursprüngliche Beschluss sage ja nur, dass man das Ganze weiter verfolgen wolle, ein Beschluss zur Umsetzung sei dies noch nicht, so Herr Fischer.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen halte er für sinnvoll, meldet sich Herr van den Hurk. Es sei wichtig, hier mit einer Stimme zu sprechen. Wenn der Wunsch aus Haaren sei, hier abzuwarten, habe er damit kein Problem.

Die Frage sei aufgekommen, was das Ganze bringe, so Herr Hecker. Dabei sei herausgekommen, dass es lediglich 30 Sekunden seien, was man als nicht so viel eingestuft habe.

Man habe für die lange Busspur die Zahlen ausgewertet, so Frau Drießen. Hier sei man trotz der Autobahnsperre schneller und zuverlässiger unterwegs.

An einzelnen Abschnitten sei man bis zu 30 Sekunden schneller, es gehe aber vor allem um die Zuverlässigkeit. Die Ampelschaltung sei zum Beispiel auch ein wichtiges Thema. Die Verwaltung habe hier nur einen Entwurf vorgestellt, bis zur Öffnung der Brücke sei es nicht mehr so lang.

Frau Wenzel erkundigt sich, wie lange man den Evaluationszeitraum ansetzen wolle. Es sei schade, dass der Beschluss aus Haaren hier keine Aussagen zu treffe.

Ihm reiche die Aussage der ASEAG, dass man zuverlässiger und schneller unterwegs sei als Evaluation, so Herr Nositschka.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen bis auf weiteres fortzuführen, die Situation der ÖPNV Beschleunigung nach Öffnung der A544 erneut zu bewerten und die Ergebnisse mit möglichen Maßnahmen den betroffenen Gremien erneut vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 2 Gegenstimmen

**Zu 20 RS4 Radschnellweg Euregio: Veröffentlichung der Dokumentation zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung und Ergebnis der in der Voruntersuchung gewählten Linie
geändert beschlossen
FB 68/0165/WP18**

Man habe den Punkt nun schon einmal geschoben um alle Fragen zu beantworten, so Herr Müller. Mittlerweile hätten die Bezirksvertretungen und auch die Stadt Herzogenrath alle beraten.

Zum Thema präsentieren derweil Herr Larscheid und Herr von Katte.

Die Stimmung vor Ort bei dem Termin habe ihn betroffen gemacht, so Herr Fischer. Die Bürger*innen sähen alle in dem heutigen Bahndamm ihr Idyll, vor dem sie Angst hätten es zu verlieren. Die ursprüngliche Initiative sei auf die Städteregion bzw. das Land zurückzuführen, die Stadt habe sich hier dem Wettbewerb angeschlossen.

Über all die Jahre hätten alle Beteiligten daran festgehalten.

Das heutige Ziel sei es, die Linie zu bestimmen, die eine anschließende Detailplanung verdiene.

Nach den immensen Vorarbeiten sei erst nach der Linienfindung die eigentliche Planung anstehend. Man dürfe nicht vergessen, dass es hier um übergeordnete Ziele wie den Klimaschutz und die Mobilitätswende gehe, weswegen man die Planung fortsetzen wolle.

Er könne die Betroffenheit nachvollziehen und die Eingaben der Bürger*innen seien wichtig gewesen und vor allem ernst genommen worden. Die eingegangenen Hinweise verarbeite man und wäge diese mit den übergeordneten Zielen ab.

Oft habe er gehört, dass die Nutzerzahlen in Frage gestellt würden, er könne jedoch sagen, dass selbst auf weniger prominenten Premiumradwegen rund 1000 Nutzer pro Tag gemessen würden und sei sich sicher, dass dieser Radschnellweg deutlich mehr anziehen werde.

Die Bürger*innen indes hätten ihr Idyll auch weiterhin, nur jetzt nicht mehr exklusiv. Man könne den Bahndamm auch weiterhin nutzen und dies barrierefrei. Man baue mit diesem Radschnellweg ein Stück zukünftige Mobilität.

Teilweise gebe er ihm Recht, so Herr Gilson. Allerdings sehe er, dass die Politik und Anwohner seit sieben Jahren sehr wenig beteiligt worden seien, wohingegen sie jetzt recht schnell alles entscheiden sollten ohne alle Fragen beantwortet zu haben.

Er sehe Probleme mit der Breite und auch mit der Rampe, die rund 200 Meter lang sein müsste. Wenn eine Strecke sowohl verbreitert, als auch abgestützt werden müsse, sei dies immer ein Zeichen davon, dass dies nicht optimal sei. Neben den vielen Fragen wolle er gar nicht sagen, dass die Planung unnötig sei, allerdings wolle er erst in den Bürgerdialog eintreten und den Bezirksvertretungen wie den Bürger*innen bei einer geeigneten Veranstaltung, wie die Verwaltung sie auch zur Horbacher Brücke gemacht habe, die Fragen beantworten.

Anschließend stellt er den geänderten Beschlussvorschlag der CDU Fraktion vor:

Der MoA nimmt die Dokumentation zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Radschnellweg Euregio zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. Die Bezirksvertretungen Mitte, Laurensberg und Richterich bzgl. Der in den Beschlüssen und zu Protokoll gegebenen Rückfragen der Bezirksvertretungen erneut zu beteiligen,
2. Die per Mail an die Mitglieder des Mobilitätsausschusses versandten Antworten auf die Fragen der CDU Fraktion auch den Mitgliedern der Bezirksvertretungen zur Kenntnis zu bringen, sowie
3. Der Öffentlichkeit nochmals Gelegenheit zu geben, im Rahmen einer Veranstaltung Fragen zu stellen und beantwortet zu bekommen

Der Mobilitätsausschuss beschließt den Tagesordnungspunkt bis zur Erledigung der obigen Aufträge zu vertagen.

Herr van den Hurk möchte sich Herrn Fischer anschließen. Man begleite das Ganze schon lange und habe nun einen weiteren Meilenstein erreicht an dem verschiedene Dinge abgewägt würden. Dass sich die Ansprüche teilweise widersprüchen sei völlig normal. Daher sei es umso wichtiger mit kleinen Schritten vorwärts zu gehen. Es habe in der Vergangenheit viele Workshops gegeben, bei denen die Fragen präsent gewesen seien. Mittlerweile seien diese teilweise beantwortet und teilweise offen. Mehr könne aber zum derzeitigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden. Es sei wie mit einem Trichter, bei dem man in den Planungen immer feiner werde. Manchmal sei das dann schwer auszuhalten, aber man müsse weitergehen, um weitere Fragen beantworten zu

können. Der politische wie fachliche Wille dazu sei da und dem müsse man nun Raum geben. Für die Anliegen der Kleingartenanlage habe man aller Voraussicht nach ja auch eine Lösung gefunden aus dem AUK und der BV Mitte heraus.

Herr Nositschka betont noch einmal, dass Straßen.NRW dem Ministerium nur die favorisierte eine Linienführung vorschlagen werde und dieses auch nur diese oder keine beschließe.

Es bedarf selbstverständlich noch vieler weiterer Planungsschritte, er wolle aber einmal auf den kürzlich beschlossenen Landesentwicklungsplan verweisen, in dem die Umnutzung von brach liegender Bahninfrastruktur für den Radverkehr vorgesehen sei. Es habe damals eine Zertrennung des Bahndammes in zwei Bereiche gegeben, die man nun wieder verbinden wolle.

Das wo sei in Abschnitt 1 unstrittig, so Herr Fischer. Auch er sehe, dass für die Kleingärtner eine Lösung gefunden werde, verstehe indes die vielen Fragen. Man wolle deshalb auch bei der weiteren Ausgestaltung vor Ort in den Dialog treten, was bedeute, dass man die Entscheidung zur Linienführung treffen wolle, ohne den Bürgerdialog zu kappen.

Er habe selten so zahlreiche Einwände von Bürger*innen gesehen, so Herr Blum. Darüber könne man nicht einfach so hinweggehen, daher wolle er den Antrag der CDU unterstützen.

Es sei die Aufgabe der Mandatsträger sich erstmal mit den Anwohnern und den Bezirksvertretungen auseinander zu setzen, so Herr Gilson.

Der AUK habe sich erst um die Kleingärtner gekümmert und dann beschlossen, so Herr Kiemes. Dies sei der einzige richtige Weg. Man breche sich keinen Zacken aus der Krone, erst einmal hinzuhören, sich Zeit zu nehmen und dann neu zu bewerten.

Die Bezirksvertretungen wurden gehört, so Herr van den Hurk. Es hätten alle Unterlagen vorgelegen und das Thema sei bereits seit April in den Gremien präsent.

Natürlich habe man die Pflicht zuzuhören, aber auch die Pflicht irgendwann zu entscheiden, wenn man erkenne, dass bestimmte Fragen jetzt einfach noch nicht beantwortet werden könnten.

Er habe das Gefühl, genügend Informationen vorliegen zu haben.

Bei Herrn Müller erkundigt er sich nach der weiteren Bürgerbeteiligung.

Diese werde vor dem Planungsbeschluss selbstverständlich durchgeführt. Man sei hier in einem Rechtsverfahren, in dem verschiedene Beteiligungen vorgesehen seien.

Zunächst lässt Frau Wenzel über den Beschluss der CDU abstimmen, der mit 5 Zustimmungen und keiner Enthaltung abgelehnt wird.

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Dokumentation zur frühen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Radschnellweg Euregio zur Kenntnis und beschließt das Ergebnis der in der Voruntersuchung gewählten Linien innerhalb des Stadtgebiets Aachen mit Ausnahme des Abschnitts Richterich bis Kohlscheid.

Der Mobilitätsausschuss beauftragt die Verwaltung die Kompromisslösung als Basis für die Umsetzung der Vorzugsvariante in Abstimmung mit den Vertreter*innen des Kleingartenvereins Rütch und dem Stadtverband der Kleingärtner auszudetaillieren, mit dem Land abzustimmen und in die Beratung zu bringen. Die Umnutzung von Teilen oder der ganzen städtischen landwirtschaftlichen Fläche, die im Zuge der Lösung unter anderem für den Umzug von Kleingartenparzellen genutzt werden soll, ist hierfür zu prüfen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt im Falle des alten Bahndammes in Laurensberg in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Straßen.NRW weitere Optionen für den Ausbau der Naherholungsfunktion und der leichten Zugänglichkeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich, 5 Gegenstimmen

Zu 21 Sachstandsbericht zur Vergabe von Handwerkerparkausweisen und Erläuterung des rückläufigen Antragsvolumens, TO Antrag der Fraktion Die Zukunft vom 26.06.2025 zur Kenntnis genommen

Herr Hamblock präsentiert zum Thema.

Herr Wagner erkundigt sich, ob die Aufbauten bei Variante A nicht zwingend notwendig seien. Er verstehe das Ganze so, dass das zwar theoretisch möglich sei, aber schwer nachzuweisen.

Der Zweck müsse erkennbar sein, so Herr Hamblock.

Das Ganze sei überdenkenswert so Herr Kiemes. Auch schweres Werkzeug sei ein legitimer Grund. Er erkundigt sich, ob die Verwaltung den zunächst rückläufigen Trend und anschließenden Anstieg erklären könne, was nicht der Fall ist.

Man habe hier ein Thema mit Verordnungslage, so Herr van den Hurk. Wenn es Berichte über unterschiedliche Vorgehensweisen gebe, beunruhige ihn das, denn das sollte einheitlich gehandhabt werden. In Bezug auf die Handwerker mit schwerem Werkzeug solle man alle Möglichkeiten ausschöpfen.

In NRW habe man bereits gute Voraussetzungen geschaffen, so Herr Müller, die nicht selbstverständlich seien. Es sei der Verwaltung wichtig, dass das Ganze gut genutzt werde, man gehe auch nicht restriktiv damit um. Allerdings sei der öffentliche Raum auch etwas wert, weswegen man ein Augenmerk darauf legen wolle, dass alle gleich berechtigt würden. Man arbeite an Transparenz und es sei wichtig, landesweit einheitlich vorzugehen.

Da der öffentliche Raum immer mehr wert würde, müsse man schauen, dass man mit Quartiersgaragen und dergleichen mehr das Ganze ausgleichen könne, so Herr Kiemes

Beschluss:

Der Mobilitätsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 22 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Müller verweist auf die ausgeteilten Mitteilungen der Verwaltung zu den Trassenanmeldungen des EVU und zum Haltepunkt Richterich

Herr Fahl bittet darum, die Planungen dazu auch im Mobilitätsausschuss vorzustellen und weist darauf hin, dass die Bahnsteige seiner Meinung nach zu kurz geplant würden.

Herr Müller wirbt für die Woche der Mobilität vom 16.-22. September.

Herr Schrömbges kündigt eine Online-Befragung zum Thema Carsharing an.

Die öffentliche Sitzung endet um 21:07 Uhr.

Monika Annette Wenzel
Ausschussvorsitzende

Silke Retterath
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin